

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

Eine weitere Sitzungswoche ist für mich in Berlin zu Ende gegangen. Neben den wichtigen Themen wie TTIP, Situation mit Griechenland und kommunale Entlastungen, befassten wir uns u.a. auch mit dem Kita-Ausbau, Wohngeldreform, der Sicherheit für IT-Systeme und digitale Infrastruktur und Präventionsgesetz. Eine Vielzahl verschiedener Themen standen wieder einmal bei mir auf der Tagesordnung.



TTIP-Gesprächsrunden in Berlin

Im Wirtschaftsausschuss stand das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung. Hierzu wurden zehn Sachverständige eingeladen, die sich mit den Anträgen der Linken und der Grünen auseinander setzten.

Die Parlamentarische Linke hat zum Thema TTIP den Europa-Abgeordneten Bernd Lange zum Gespräch eingeladen. Er ist zum einen Vorsitzender des zuständigen Ausschusses für internationalen Handel und zum anderen Berichterstatter zu TTIP.

Im Gespräch stellte Bernd Lange klar, dass ein schneller Abschluss der TTIP-Verhandlungen bis Ende 2015, wie ihn die Kanzlerin kürzlich gefordert hatte, gar nicht möglich ist.

„Angesichts der wachsenden Zahl kritischer Stimmen im US-Kongress und unklarer Mehrheitsverhältnisse bezüglich der Autorisierung des amerikanischen Präsidenten, das Freihandelsabkommen ausverhandelt einer einfachen Abstimmung zuzuführen, kommt der ursprüngliche Zeitplan immer mehr ins Kippen“, so Bernd Lange.

Die sozialdemokratische S&D-Fraktion in Brüssel hat sich inzwischen klar gegen die darin vorgesehenen privaten Schiedsgerichte positioniert. Auch die Festschreibung der Liberalisierung im Dienstleistungssektor auf alle Zeit hinaus sei mit den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zu machen. Das letzte Wort vor der vorläufigen Inkraftsetzung der Abkommen hat aber immer noch das Europäische Parlament!

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Nach diesem informativen Gespräch mit Bernd Lange, habe ich gleich mal die Gelegenheit genutzt und ihn zu uns in den Wahlkreis eingeladen. So bekommen auch wir einen Einblick in die europäischen Diskussion zu TTIP.

Griechenland: Ernsthafter Wille zur Kooperation notwendig

Die Mehrheit der Deutschen hegt nach einer aktuellen Umfrage große Zweifel, ob Griechenland die Vereinbarungen mit den europäischen Partnern über notwendige Reformen auch tatsächlich umsetzt. Und die teils befremdlichen Äußerungen von Mitgliedern der griechischen Regierung haben wenig dazu beigetragen, diese Wahrnehmung zu entkräften.

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro ist weder im Interesse der griechischen Bevölkerung noch im Interesse eines starken, geeinten Europas. Die griechische Regierung hat sich mit den zuständigen Institutionen über die Bedingungen und den Fahrplan für finanzielle Hilfen für Griechenland verständigt. Unsere berechnete Forderung ist, dass sie sich an diese Vereinbarung hält und die notwendigen Strukturreformen anpackt. Nur dann kann und darf es weitere finanzielle Hilfen geben! Die Eurogruppe wird gemeinsam darüber entscheiden, ob die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Die geforderten Reformen für eine gerechte Besteuerung und eine funktionierende Verwaltung sind kein Selbstzweck, sondern sie sind notwendig, damit Griechenland wieder auf die Beine kommt. Wir wollen das Land auf seinem Weg der Modernisierung weiter unterstützen. Dafür muss es kooperativ mit seinen europäischen Partner zusammenarbeiten. Griechenland sollte deshalb auch das Angebot annehmen, sich bei der technischen Umsetzung.



Bundshaushalt: Vorfahrt für Investitionen und Kommunen!

Die SPD steht für eine Politik der finanz- und wirtschaftspolitischen Vernunft: Wir verbinden solide Staatsfinanzen mit mehr Investitionen in Bildung, öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz und Städtebau sowie einer spürbaren Entlastung für die Kommunen. Nur dann bleiben wir handlungsfähig und sichern auch künftig Arbeitsplätze. Die Eckwerte zum Bundshaushalt 2016 und die Finanzplanung bis 2019 zeigen: An diesem Kurs halten wir fest. Wir haben dafür

gesorgt, dass die Mittel für Investitionen und Kommunen nochmals deutlich um insgesamt 15 Mrd. Euro angehoben werden.

Höhere kommunale Entlastung: Die SPD bleibt verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden.

Mit Erfolg haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Entlastung der Kommunen bereits schon 2017 um weitere 1,5 Mrd.



Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht. Um Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen, stellen wir darüber hinaus 2015 und 2016 insgesamt 1 Mrd. Euro zur Verfügung.

Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die vollen Kosten für Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt.

Unterstützung für finanzschwache Kommunen: Um die Investitionskraft finanzschwacher Städte und Gemeinden zu stärken, wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Mrd. Euro aufgelegt. Die Mittel werden bis 2018 zielgenau in Abhängigkeit von Arbeitsmarktsituation, Kassenkrediten und Bevölkerungszahl der Kommunen ausgeschüttet. Dadurch sorgen wir dafür, dass

auch Kommunen mit angespannter Kassenlage in ihre wirtschaftliche Zukunft investieren können.

Mehr Mittel für Infrastruktur: Die Investitionen in die Verkehrswege und in ein schnelles Internet werden nochmals deutlich um über 4,3 Mrd. Euro aufgestockt. Die Erlöse aus der Versteigerung von Frequenzen werden zudem für den Breitbandausbau genutzt. Unterm Strich erhöhen wir damit die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur doppelt so stark, wie ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Höhere Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau: Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz wird mit zusätzlichen 1,2 Mrd. Euro vorangetrieben. Die Mittel für den Klima- und Hochwasserschutz sowie den Städtebau werden um über 1 Mrd. Euro aufgestockt.

Wir haben zudem erreicht, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-Quote bis 2019 deutlich um rd. 8,3 Mrd. Euro aufwachsen. Auch werden mehr Mittel bereitgestellt, um die nationalen Sicherheitsbehörden beim Schutz gegen Terror besser aufzustellen.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

100 Mio. Euro extra für Kita-Ausbau

Das Bundeskabinett hat im Nachtragshaushalt für 2015 beschlossen, 100 Millionen Euro Sondermittel für Kitas in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Das ist ein großer Erfolg für Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

Mit dem zusätzlichen Geld können wir jetzt deutliche Verbesserungen für Familien auf den Weg bringen. So soll es Kitas ermöglicht werden, auch früher am Morgen und abends länger zu öffnen.

Das ist gerade für Menschen, die Schichtarbeit leisten und auch Alleinerziehende wichtig. Ich bin mir sicher, dass auch bei uns in den Kreisen Coesfeld und Steinfurt viele davon profitieren werden.

Wohngeld

Das Bundeskabinett hat diese Woche den von Bundesbauministerin Barbara Hendricks vorgelegten Gesetzentwurf zur Wohngeldreform beschlossen.

Bezahlbarer Wohnraum, in stark nachgefragte Gebieten, wird immer knapper. Für Einkommensschwächere aber auch für Familien mit durchschnittlichen Einkommen werden die

steigenden Mieten und Preise immer mehr zur Belastung.

Es sollen rund 870.000 Haushalte durch diese Reform von einem höheren Wohngeld profitieren. Darunter sind 90.000 Haushalte, die von der Grundsicherung wieder ins Wohngeld wechseln werden.



Die Wohngeldleistung wird durchschnittlich um 39 Prozent erhöht. Dabei werden die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst. Außerdem heben wir die Miethöchstbeträge regional gestaffelt an, so dass die regional unterschiedlich hohen Mieten geeignet bezuschusst werden können. Die Wohngeldreform steht in engem Zusammenhang zu dem Bündnis für bezahlbares Wohnen.

Wohngeld wird von Bund und Ländern je zur Hälfte gezahlt. Das Gesetz bedarf daher der Zustimmung des Bundesrates. Die Reform soll am 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Fallbeispiel:

Eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern (9 und 13 Jahre) in Essen zahlt eine Kaltmiete von 520 Euro und verdient monatlich 1400 Euro. Zusätzlich erhält sie für ihre Kinder 300 Euro Unterhalt und 368 Euro Kindergeld. Sie bezieht heute 71 Euro Wohngeld. Ab 2016 erhöht sich dieser Wohngeldanspruch auf 187 Euro. Im Ergebnis hat sie jeden Monat 116 Euro mehr zur Verfügung.

Weitere Informationen unter:

<http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeldreform>



Sicherheit für IT-Systeme und digitale Infrastruktur erhöhen

Zielsetzung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung ist es, die Sicherheit von IT-Systemen und digitalen Infrastrukturen in Deutschland zu erhöhen und zugleich einen

verbesserten Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Internet zu erreichen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, enthält der Gesetzentwurf Anforderungen an die IT-Sicherheit für Einrichtungen (z.B. Energieversorgung), die für das Gemeinwesen von zentraler Bedeutung sind. Diese müssen künftig Mindeststandards bei der IT-sicherheit einhalten und sicherheitsrelevante Vorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden. Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, die Anforderungen an Dienstanbieter im Telekommunikations- und Telemedienbereich zu erhöhen. Diese sollen z.B. verpflichtet werden, Kunden zu warnen, wenn deren Anschluss missbräuchlich verwendet werden soll. Auf die unverhältnismäßige Speicherung von Nutzungsdaten durch Telemediendiensteanbieter soll jedoch verzichtet werden, da der Sicherheitsgewinn einer solchen umfangreichen Erlaubnis fraglich ist.

Gesundheitsförderung und Prävention stärken

In unserer alternden Gesellschaft sind Gesundheitsförderung und Prävention wichtiger denn je. Mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein Präventionsgesetz, über den wir in 1. Lesung beraten, sollen Gesundheitsförderung und Prävention besser unterstützt und finanziert werden. Ziel ist es, Krankheiten zu vermeiden,

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

bevor sie entstehen oder sie in ihrem Verlauf positiv zu beeinflussen.

Dafür sollen Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen erfolgen: in Kitas, Schulen, im Betrieb oder Pflegeheim. Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge sollen enger miteinander verknüpft werden, Früherkennungsuntersuchungen fortentwickelt und das Impfwesen gefördert werden. Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass Krankenkassen mindestens zwei Euro jährlich für jeden Versicherten ausgeben müssen, um Betriebe bei der Gesundheitsförderung zu unterstützen. Insgesamt sollen die Krankenkassen ab 2016 mindestens sieben Euro jährlich pro Versicherten für Gesundheitsförderung und Prävention ausgeben. Künftig sollen zudem Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen wohnen, Anspruch auf Präventionsleistungen erhalten.

Equal Pay Day

Der 20. März ist der Tag in diesem Jahr, bis zu dem Frauen arbeiten müssten, um denselben jährlichen Durchschnittslohn wie Männer zu erwirtschaften. 22 Prozent beträgt die unbereinigte Lohnlücke und ist damit seit Jahren fast unverändert. Diese Ungleichheit müssen wir endlich beenden.



Dafür werden wir dieses Jahr den entscheidenden Schritt machen und die von Frauenministerin Manuela Schwesig geplanten gesetzlichen Regelungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit auf den Weg bringen.

Es ist blamabel, dass das wirtschaftlich erfolgreiche Deutschland in dieser Hinsicht EU-weit unter den Schlusslichtern ist. Selbst wenn man aus der Statistik herausrechnet, dass Frauen öfter in Teilzeit arbeiten, für die Familie im Beruf pausieren und seltener in Führungspositionen seien, bliebe eine Lohnlücke von 7 - 8 Prozent. Dabei handelt es sich um unmittelbare Lohndiskriminierung. Darauf weisen am heutigen Equal Pay Day diverse Aktionen hin, unter anderem in der Dülmener Innenstadt.

Ich bin froh, dass nun endlich Taten folgen, damit dieser Missstand beendet wird. Gesetzliche Regelungen zur Entgelttransparenz sind dabei ein riesiger erster Schritt. Nur wo

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie bekämpft werden. Doch Transparenz alleine reicht nicht, um die Lohnlücke zu schließen. Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, müssen besser entlohnt werden. Der Mindestlohn hat uns dabei ein großes Stück vorangebracht. Darüber hinaus müssen die frauentypischen Berufe und deren Anforderungen neu bewertet werden.

Genauso wichtig ist es, die Kinderbetreuung auszubauen und die Partnerschaftlichkeit in den Familien zu stärken. Mit dem Elterngeld Plus haben wir ein Instrument, das nicht nur Männern in der Familie mehr Möglichkeiten verschafft, sondern auch Frauen im Beruf beweglicher macht.

Die Frauenquote wird vor allem in der Wirtschaft das ihre dazu tun, einen Kulturwandel in den Chefetagen zu beschleunigen und die Unterschiede bei den Gehältern zu verringern.

Mit der Kombination all dieser Bausteine tragen wir dazu bei, die Lohnlücke zu schließen. Ich bin sicher, dass der Equal Pay Day bald deutlich früher im Jahr stattfinden wird. Ziel bleibt allerdings das zeitliche Zusammenfallen von Equal Pay Day und Silvester auf denselben Tag.



Ich wünsche ein schönes Wochenende

Ihr

